

Ostblick – eine neue Perspektive für OsteuropaStudierende

Olaf Matthei, Berlin

Das historische Erinnerungsvermögen des Menschen ist kurz. Je kürzer die bewußt erlebten oder dokumentierten Abschnitte sind, die Menschen in gewissen Diskursen verbringen, desto schwieriger wird es sein, einen einigermaßen gleichmäßigen Wissensstand der Generationen zu gewährleisten. Setzt man die durchschnittliche Verweildauer von Studierenden an ihren Instituten bei ungefähr vier bis fünf Jahren an, so befindet man sich in so einem „kurzen Abschnitt“. Die Probleme, die mit dem Studium einhergehen, verhindern häufig das Erstellen und Führen von Chroniken des studentischen Lebens oder aber auch der „allgemeinen“ Situation an den Instituten. Zumal auch der/die durchschnittliche Lehrende meist nicht allzu lange am selben Ort verweilt.

So ist es auch verständlich, dass in unregelmäßigen Abständen Studierende aufschreiben, wenn es um solche Dinge wie die Umwandlung eines Lehrstuhls, die Abwicklung einer Fachbibliothek oder gar den Fortbestand eines ganzen Instituts geht. Meist müssen alle Beteiligten aufgrund des Informationsmissestands von vorne beginnen. Das kostet Zeit und Nerven. Ebenso mühsam ist es, die verschiedenen umherschwirrenden Gerüchte von den Tatsachen zu trennen, das Wissen der Einzelnen zu vereinen und zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzusetzen.

Die Überlegungen, das Studieren in Deutschland wieder kostenpflichtig zu machen, sind hinlänglich bekannt. Schlagworte wie Studienkonto, Studienreform oder Verschulung des Studiums weisen auf einen Grundgedanken hin, der seit Jahren unterschwellig in den Gesprächen zur Universitätsreform mitschwingt: Wer gute Bildung will, soll auch dafür bezahlen; alles, was über die Grundbildung hinausgeht, sei eine Eigeninvestition in die Zukunft. Nur so und nicht anders könne man unser Hochschulsystem weiterhin im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig halten und verhindern, dass sich einzelne Studierende auf Kosten anderer ein einfaches Leben machen ...

Wettbewerb ist gut und wünschenswert, solange er mit fairen Mitteln faire Ergebnisse fördert. Bei all den derzeit laufenden Debatten sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass – so unmodern dieser Gedanke auch sein mag – soziale Gruppen aufeinander angewiesen sind; dass eine Gemeinschaft auch nur so lange funktioniert, wie die einzelnen Glieder sich auf einen sinnvollen, kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können und niemand über die Verhältnismäßigkeit hinaus bevorteilt wird. Das bedeutet konkret, dass eine möglichst breite Menge an Kräften gleiche Ausgangsbedingungen haben sollte, um eben auch ein höchstmögliches Maß an Kommunikation und Wissensbeschaffung möglich zu machen, das einzig und allein die Basis für positive wissenschaftliche Kommuni-

kation darstellt. Je kleiner die Gruppe derjenigen ist, aus denen eine Elite erwächst, umso eindimensionaler wird auch das Denken und Handeln der Elite sein.

Um hier nicht zum Spielball der Ökonomie zu werden – die Verteilungskämpfe innerhalb des Bildungssystems aufgrund der immer schlechter werdenden allgemeingesellschaftlichen Finanzlage sollen hier nicht ausgeführt werden – sind wir genötigt, wieder einmal mehr unsere universitäre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen. Oberflächliche Reformen beseitigen noch nicht grundsätzliche Strukturprobleme, die eben stark abhängig von monetären Ressourcen sind. Es gestaltet sich immer einfach, indem man auf die Probleme Schwächerer aufmerksam macht, von den eigenen abzulenken. Nur macht der Spazwang schon seit langem auch nicht mehr vor den großen universitären Einrichtungen halt.

Brauchen Studierende eine Interessenvertretung?

Die Studierenden osteuropabezogener Fachrichtungen haben deutschlandweit und regional in Berlin-Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und in Mittel- und Norddeutschland die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens begriffen und sich in Initiativen zusammengeschlossen. Hierbei geht es in erster Linie um eine konstruktive und kritische Mitarbeit sowohl im Bereich der Hochschulpolitik als auch im Fachlichen, um die allgemein nicht besonders gute Lage unserer Teildisziplinen zumindest ein wenig zum Positiven zu verändern. Es herrscht vielerorts ein eklatanter Informationsmangel, der häufig noch von einer Sprachlosigkeit zwischen ProfessorInnen, akademischen und technischen MitarbeiterInnen und Studierenden geprägt ist. Man hat oft den Eindruck, dass viele ihr Studium nur noch danach gestalten, wie sie wo einen guten Job erlangen können, ohne sich dabei auch nur ein wenig für die Vorgänge an den Universitäten zu interessieren. Die Ursachen hierfür mögen vielschichtig sein und sowohl von Seiten der Studierenden als auch von Seiten der Lehrenden herrühren; sicher ist aber, dass eine Kooperation aller Teile der universitären Landschaft vonnöten ist, um gemeinsam die bereits begonnenen Reformen zu einem sinnvollen Ende zu bringen. Man darf nicht außer acht lassen, dass man an einem entscheidenden Punkt des Wandels der deutschen Bildungslandschaft angekommen ist, und dass auch unsere Arbeitsplätze von denen abhängen, die nach uns kommen werden. So einfach der Gedanke, so wenig scheint er sich doch im Denken und Handeln sowohl der EntscheidungsträgerInnen als auch der Studierenden durchzusetzen. Interne und externe Kommissionen arbeiten an vielen Instituten an der Umstrukturierung unserer Studiengänge.

Häufig ergeben sich aber auch bei den neuen Studienformen große Probleme. In unserem Falle ist aus studentischer Sicht vor allem der Spracherwerb problematisch. Es ist momentan schon schwierig genug, eine, geschweige denn mehrere osteuropäische Sprachen zu erlernen. Zum normalen Schulkanon gehört außer Russisch – das allerdings immer mehr abgebaut wird – noch vielleicht an einigen Schulen Polnisch und Tschechisch. An den meisten bundesdeutschen Schulen wird keine dieser Sprachen angeboten und bei den beiden letztgenannten handelt es sich auch innerhalb des Angebotes um einen kaum nennenswerten Anteil. Nimmt man nun, wie seit einigen Jahren vermehrt der Fall, den Sprachunterricht generell (man spricht von Externalisierung) aus dem Curriculum heraus, steigert dies die Attraktivität unserer ohnehin nicht „allzu angesehenen“ Fächer nicht gerade. Es wird schier unmöglich sein, weiterhin osteuropabezogene Studien als Studierende/r, der/die nicht MuttersprachlerIn ist oder über immens viel Geld verfügt, zu betreiben. Eine Sprache für den wissenschaftlichen Gebrauch kann man nicht mal so eben nebenbei lernen, in ein oder zwei größeren Ferienkursen. Das wissen wir, als diejenigen, die schon unter der jetzigen Situation leiden – und dieser Begriff ist hier nicht überzogen – nur allzu gut.

Wenn man ernsthafte Regionalkompetenz lediglich als Zusatzqualifikation ansieht, dann brauchen wir auch nicht weiter zu diskutieren, dann sollten wir eher ehrlich und schnell sofort alle betroffenen Studienrichtungen einstellen. Aber lehren nicht auch die Geschichtswissenschaft, die Politologie oder die Kulturwissenschaft am Beispiel von regional und kulturell eng abgegrenzten Räumen, meist am deutschen oder abendländischen?

Aufgabe und Selbstverständnis der Regionalinitiative Ostblick

Ostblick, die „RegionalInitiative OsteuropaStudierender“ setzt sich aus VertreterInnen der vier großen Berlin-Brandenburger Universitäten HU, FU, Uni Potsdam und Viadrina zusammen, die alle osteuropabezogene Fachrichtungen studieren oder diesen nahe stehen. Wir treffen in der Region auf relativ ähnliche Problemstellungen und konnten diese auch schon teilweise in gemeinsamen Projekten bearbeiten. Neben dem bereits erwähnten Problemfeld Spracherwerb, dass alle (!) für ihre Institute als das dringlichste ausmachen konnten, gilt es noch hauptsächlich an der Kommunikation und Zusammenarbeit der einzelnen Teile der Hochschulregion zu arbeiten. Die Schwächen der einzelnen Studiengänge könnten eigentlich durch eine vernünftige Auswahl des wirklich reichhaltigen – und hoffentlich noch lange so vielfältigen – Angebots in unserer Region wettgemacht werden. Wer einen Überblick hat, wie man was wo studieren kann, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um Teilnahme- oder Leistungsscheine anerkannt zu bekommen, der könnte eigentlich recht schnell und gut studieren, zumal diese Konzentration an Hochschuleinrichtungen einzigartig in Deutschland ist.

Leider stellt dieser Punkt ein Kernproblem dar. Kaum jemand weiß um die Möglichkeiten, manche sind mit ihrem Studium fast fertig und erfahren zum ersten Mal von gewissen Sprachkursen oder interessanten Vorlesungen in mittelosteuropäischer Geschichte. Die Modularisierung der Studienfächer, die ja zur besseren Vergleichbarkeit von Studienleistungen dienen sollte und somit auch zum einfacheren Uni-Wechsel, führt aber, so unsere Beobachtungen, viele der alten Probleme fort. Wenn beispielsweise ein Kursmodul in einem Fach einen bestimmten Namen trägt, so hängt es weiter hin von der lehrenden Person ab, dieses mit Inhalten zu füllen, die unter Umständen an anderen Einrichtungen in vollkommen anderen Modulen angeboten würden. Oder die uneinheitliche Vergabe der sogenannten *Credit-Points* (CPs), wo manchmal eine absolute Unverhältnismäßigkeit zu beobachten ist, wie zum Beispiel an der Ruhr-Uni Bochum. Hier wurde vor einem Jahr ein B.A. Ost- und Westslawistik eingeführt. Wenn man als B.A.-Studierende/r ein Sprachmodul belegt und für dieses drei CPs erhält, kann es vorkommen, dass Studierende anderer Fachrichtungen, die dieses Modul nur als „Zusatzmodul“ belegen, für die gleiche Veranstaltung zehn CPs bekommen.

Eben diese Kleinigkeiten sind es, die den Studienalltag erschweren. Darum sind wir der Meinung, dass auch die Studierenden eine funktionierende Interessenvertretung brauchen. Die Fachschaften, die diese Rolle auf der untersten Ebene spielen sollten, sind häufig nicht in der Lage, über längere Zeit existierende Räte oder Initiativen ins Leben zu rufen, die sich um die studentischen Belange kümmern können. In einigen Bundesländern existieren nicht einmal verfasste Studierendenschaften und die ASten, die sich eigentlich der Vertretung der Studierenden innerhalb einer Universität und nach außen hin widmen sollten, zerfleischen sich im wahrsten Sinne des Wortes schon seit langem parteipolitisch.

Als positives Gegenstück zur Zerstrittenheit und zur Kommunikationslosigkeit innerhalb der Region veröffentlichte Ostblick im Oktober 2002 den ersten osteuropabezogenen Studienführer für Berlin und Brandenburg. Die Notwendigkeit einer solchen Veröffentlichung war den meisten schon seit mehreren Jahren bewusst. Einzig der glückliche Umstand der Initiativengründung hat uns nun in die Lage versetzt, diese Idee nach unseren Möglichkeiten umzusetzen. Dieser Studienführer soll nur am Anfang unserer Vernetzungsarbeit stehen. Neben den klassischen Osteuropafächern, wie Slawistik, Osteuropäische Geschichte oder Osteuropastudien sind auch andere Institute mit einem osteuropabezogenen Angebot vertreten. Der Studienführer soll regelmäßig zum Wintersemester und bei Aktualisierungsbedarf auch öfters im Jahr erscheinen. Die bisherige Resonanz war durchgehend positiv, bis hin zu Ergänzungsangeboten seitens verschiedener Lehrender der regionalen Hochschulen. Nicht zu verwechseln ist unser Studienführer mit dem Gemeinsamen Vorlesungsverzeichnis Osteuropa für Berlin und Brandenburg, das

vom OEI herausgegeben wird. Beide Schriften ergänzen sich in idealer Weise.

Ostblick versteht sich als das umfassende Band, das die einzelnen Fachschaften unserer Fachgebiete vereint und von studentischer Seite auch koordiniert. Ende 2002 haben wir Arbeits- und Koordinationsgruppen zu Studienreform, Spracherwerb und Hochschulpolitik gebildet, mit denen wir konstruktiv die studentische Perspektive in die Umgestaltungsprozesse an den Hochschulen einbringen wollen. Um dies umfassend leisten zu können, werden wir das vorhandene Wissen sammeln, in Datenbanken überführen und diese anhand von Erhebungen vervollständigen. Die einzelnen Bestrebungen in unserer Hochschulregion müssen auch im Detail kompatibel sein und koordiniert werden. Wir werden dies wenigstens von studentischer Seite angehen, damit unsere Fächer auch in Zukunft noch studierbar bleiben – vielleicht noch besser studierbar werden. Häufig ist die Informationslage zu Studienbeginn derart schlecht, dass die wenigsten wissen, worauf sie sich einlassen. Wer aber nicht weiß, worum es eigentlich geht – und meist dauert es mehr als fünf Semester, bis man sich die notwendigen Informationen zusammengesucht hat – der verliert wertvolle Zeit mit unnötigen Dingen. Eine starke Interessenvertretung, die sich auf detailliertes Wissen stützen kann, ist also notwendig, um das zu leisten, was die einzelnen Studienberatungen nicht imstande sein können zu leisten: Dem/Der Einzelnen eine gezielte Studieninformation an die Hand zu geben. Auch nach der Einführung der neuen Studienmodelle werden bestimmte Probleme – wie Studienfinanzierung, Mangel an Veranstaltungen etc. – nicht aus der Welt sein. Schließlich zeigen sich die Schwächen eines Systems erst während der Erprobung und die Reformen können nur die universitätsinternen Rahmenbedingungen verändern, nicht die sozialen Gegebenheiten des/r Einzelnen, den finanziellen Mangel oder die persönlichen Präferenzen der Lehrenden.

Ostblick e.V. – Regionalinitiative OsteuropaStudierender
Berlin-Brandenburg
c/o IOS e.V., Postfach 12 11 23, 10605 Berlin
Tel.: +49 160 911 30 389
info@ostblick.org
<http://www.ostblick.org>

Olaf Matthei ist Vorsitzender der Initiative Osteuropa-Studierender Deutschland (IOS) und studiert Polonistik und Osteuropastudien. Er ist studentische Hilfskraft für Öffentlichkeitsarbeit am OEI.

Im Heft 17 erschienen u.a. folgende Beiträge:

Holm Sundhaussen: Neue Untersuchungen zum destruktiven Potential von Sprache und zur Überlebensfähigkeit multilingualer Staaten

Zuzana Finger: Sprache und Politik im Kosovo

Barbara Kellner-Heinkele: „Biz Kimik?“ – das Problem mit der Bezeichnung der Staatssprache in der Republik Aserbaidschan

Brigitte Heuer: „Til tagdyr – ël tagdyr“: Das Schicksal der Sprache ist das Schicksal des Volkes – ein Jahrzehnt Sprachenpolitik im unabhängigen Kyrgyzstan

Siegfried Tornow: Unerwünschte Kontakte. Die rumänisch-slawischen Sprach- und Kulturbeziehungen und ihre Entwertung

Niklas Bernsand: Surzhyk and National Identity in Ukrainian Nationalist Language Ideology

Christoph Zürcher/Jan Koehler: Institutions & Organized Violence in Post-Socialist Societies

Raoul Eshelman: Der Performatismus oder: die Kulturentwicklung nach dem Ende der Postmoderne

Susanne Nies: Zeithorizonte in der Transitionsforschung und den internationalen Beziehungen.

Holm Sundhaussen: Forschungsaufenthalte ausländischer Gastwissenschaftler am AB Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts

Tomasz Pszczołkowski: Lesekurse des Polnischen und Tschechischen für Deutschsprachige sowie des Deutschen für Polen und Tschechen

Mykola Movchan: Zehn Jahre der Unabhängigkeit. Die Ukraine und ihre Außenpolitik

Stefan Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova – ein Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte?

Nele Dröschner: Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa – ein Workshopbericht

Klaus Müller: Internationales Symposium „Structural Changes in Post-Socialist Central Europe and the Actual Challenges of Modernization“

Aloys Henning: Zum XX. Internationalen Festival für orthodoxe Kirchenmusik in Hajnówka

Ursula Frübis: Strengthening Women's Rights in the Accession Process

Andreas Umland: Die Implementierung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten in Russland